



Gremium: Menschenrechtsrat
Thema: Schutz der Rechte der LGBT
Stadium: verabschiedete Resolution
Einbringerstaat: Republik Südafrika

DER MENSCHENRECHTSRAT,

hinweisend auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlossen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, vom 10. Dezember 1948, in besonderer Bekräftigung des siebten Artikels,

gestützt auf die Gleichberechtigung aller Menschen, welche in der Agenda 2030 erneut unterstrichen wurde,

geleitet von der Ansicht, dass die Freiheit und Würde eines jeden Menschen unveräußerlich sind,

in Kenntnisnahme der Religionsfreiheit, die ebenfalls als grundlegender Wert der Vereinten Nationen angesehen wird,

hervorhebend, dass jedem Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen weiterhin die eigene Souveränität zugesichert ist,

beunruhigt, dass die LGBT-Gemeinschaft Opfer von Gewalt und Verfolgung wird,

entschlossen, die Situation der LGBT zu verbessern,

1. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die für sie geltende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in allen ihren Artikeln zu berücksichtigen;
2. *fordert* die internationale Staatengemeinschaft *auf*, die Todesstrafe als Strafe für die sexuelle Orientierung abzuschaffen;
3. *bemerkt*, dass die betroffenen Staaten oft nicht die geringste Chance haben, Veränderungen ohne Unterstützung zu bewirken;
4. *empfiehlt*, Aufklärungsbeauftragte in Zusammenarbeit und Absprache mit betroffenen Ländern einzusetzen, und *regt* diesbezüglich auch die Kooperation mit NGOs *an*;
5. *bittet* die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) *um*
 - 5.a) die Erstellung eines Bildungsleitfadens mit Unterstützung von NGOs und von Experten, wobei dessen Umsetzung jedoch optional ist, und



- 5.b) Vorlage des Leitfadens an den Menschenrechtsrat;
6. *fordert* die UNESCO *auf*, einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen;
7. *empfiehlt dringend*, sich weiterhin auch national mit dem Umgang mit der LGBT-Gemeinschaft auseinanderzusetzen;
8. *betont*, dass die Aufklärung der Bevölkerung in allen Staaten hinsichtlich sexueller Minderheiten für einen größeren Schutz dieser unerlässlich ist, solange keine höhergestellten Prioritäten Vorrang genießen und die Regierung der Meinung ist, dass der innere Frieden durch solche Aufklärungsmaßnahmen nicht gefährdet wird;
9. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.